

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 6

Artikel: Die Arbeiterbewegung und die Juden : die Linke und der Zionismus
Autor: Erdös, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340492>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meinsame Aktivitäten gefunden werden. Neben anderen nahm auch die «Neue jüdische Vereinigung» teil. Nicht erwünscht waren jedoch die «Kritischen Juden der Schweiz».

Das sogenannte «Hurwitz-Syndrom» scheint auch, was diese Tagung betraf, voll durchgeschlagen zu haben. Ich forderte Jochi Weil, Vertreter der Kritischen Juden und Sekretär der «Central Sanitaire Suisse», auf, in der «Roten Revue» Stellung zu nehmen und sich auch aus seiner Sicht zum Verhältnis der SP im Umgang mit «ihren» Juden zu äussern.

Es ist unübersehbar geworden, dass seit dem Austritt des ehemaligen Zürcher SP-Kantonrates Emanuel Hurwitz die SP

nicht mehr weiss, wem sie es recht machen soll.

Die Partei, in dieser Angelegenheit von allen Seiten kritisiert, ja teilweise auch in ungerechtfertigter Weise denunziert, sollte ihr Selbstbewusstsein, das nie antisemitisch, aber offen auch für das Los der Palästinenser war, unbedingt wieder finden. Nur Offenheit auf allen Seiten kann hier Abhilfe schaffen.

Dass es daran mangelt, zeigte mir der Begleitbrief des Genossen Jochi Weil, steht doch darin folgender Satz: «Die redaktionelle Überarbeitung möchte ich Dir überlassen, Du kennst die internen Strukturen in der SP und weisst deshalb, was wie gesagt werden darf, damit nicht

sofort die Rolläden heruntergelassen werden.»

Es darf alles gesagt werden, was unseren Zielsetzungen dienlich ist, dazu gehört auch der offene Dialog zwischen allen Kräften, die auf einen Frieden hinarbeiten. Das gilt so gut für die «Kritischen Juden» wie für die «Neue jüdische Vereinigung» oder für die «Israelitische Cultusgemeinde». Ganz besonders aber für alle Meinungen innerhalb der SP, auch für unsere jüdischen Genossinnen und Genossen, zu welchem Flügel sie sich auch zählen mögen.

Wir drucken deshalb das Einführungsreferat zur Tagung von Ernst Erdös und der Beitrag von Jochi Weil, zwei jüdischen Exponenten innerhalb der Linken.

Die Arbeiterbewegung und die Juden

Die Linke und der Zionismus

Von Ernst Erdös

Wir beschäftigen uns hier mit den Juden und mit dem Zionismus. Das ist nicht dasselbe, aber auch nicht ohne weiteres zu trennen. Für den Juden ist nach den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg Israel etwas, was er zwar heftig kritisieren mag und nach Meinung des Verfassers auch durchaus soll, an dem er sich aber nicht einfach desinteressieren kann. Umgekehrt ist manche, aber nicht jede Kritik an Israel durch antijüdische Emotionen aufgeladen, die als «historisches Erbgut» unerschwellig fortwuchern.

Es wäre falsch, eine solche Untersuchung, und sei sie noch so kurz und fragmentarisch wie die vorliegende, nur im Bereich der Ideologie zu führen, sondern es soll wenigstens andeutungsweise versucht werden, die soziale Basis des Verhältnisses

der Arbeiterbewegung zu den Juden zu umreissen, also als soziale Erscheinung zu betrachten.

Veränderung in der Arbeiterbewegung

In der Zeit der zweiten Internationale, also etwa zwischen 1890 und 1933, bestand zwischen einem Teil der Judenheit und der Arbeiterbewegung eine fruchtbare Symbiose (1). Die Arbeiterbewegung bedurfte in einem bestimmten Ausmass intellektueller Kader. Diese standen ihr besonders in Mittel- und Osteuropa nur in ungenügendem Masse zur Verfügung; die Studentenschaften waren bürgerlich bis offen reaktionär, und so waren es oft Juden, in Russland auch Vertreter ande-

rer nationaler Minderheiten wie Georgier, Armenier, welche diese Rolle übernahmen, da sie wie die Arbeiter ausserhalb des nationalen Konsensus, ausserhalb der intellektuellen Kameraderie und vor allem ausserhalb anderer Aufstiegsmöglichkeiten standen. In Deutschland, in Österreich, in Polen, in Russland wären Hunderte von Namen zu nennen, in der Schweiz relativ wenige, ich denke an David Farbstein, Valentin Gitermann, Josef Halperin. Basis dieser Symbiose bildete das ostjüdische Proletariat und dessen leidenschaftlicher Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch den Zarismus und die soziale Ausbeutung durch das Kapital, sei es russisches, sei es polnisches, sei es jüdisches. Es war kein Zufall, dass die drei genannten jüdi-

schen Sozialisten aus dem Ostjudentum stammten.

Alle die genannten Voraussetzungen dieses Zusammenwirkens sind heute nicht mehr in dieser Form vorhanden.

1. Die europäische Arbeiterbewegung hat in der Studentenbewegung ein weites Rekrutierungsfeld für ihre intellektuellen Kader und ist nicht auf Juden, andere Minoritäten oder Ausländer – man denke an den Schlesier Hermann Greulich und seine Bedeutung für die Entstehung der schweizerischen Arbeiterbewegung – angewiesen.

2. Die völlige Vernichtung des jüdischen Proletariats und seiner politischen Organe, physisch durch den deutschen Nationalsozialismus, politisch durch den Stalinismus, haben jene proletarische Basis im Osten vernichtet bzw. mundtot gemacht.

3. Die lange Konjunktur von Kriegsende bis etwa 1974 hat die soziale Struktur der Judenheit verändert; unbestreitbar ist sie heute – ohne ihr einstiges osteuropäisches proletarisches Reservoir – bürgerlicher als vor dem Zweiten Weltkrieg. Dass dieser sozialen Uniformität ein geistiger Konformismus entspricht, der einen jüdischen Aussenseiter erst recht zum Aussenseiter unter den Juden macht, ist nur eine Nebenerscheinung dieses Prozesses.

Aber auch die schweizerische Arbeiterklasse hat ihren sozialen Charakter geändert. In ihren unteren Schichten ist sie nur noch zum Teil autochthon schweizerisch, sondern besteht aus sogenannten Gast- bzw. Fremdarbeitern, hierarchisch gestuft vom Italiener bis zum Türken und Kurden. Die Klasse, die sich vor 50 bis 60 Jahren noch mit Stolz die Grundlage des materiellen Reichtums dieses Landes nennen konnte, ist heute durch das Vordringen des Dienstleistungssektors in ihrer

Position gefährdet und öffnet sich konservativen Strömungen. Wenn von einem latenten Antisemitismus der traditionellen Arbeiterschaft gesprochen wird, so ist an das Urteil zu denken, welches Friedrich Engels 1890 über den Antisemitismus gefällt hat. Er bezeichnet ihn «als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft und (er) dient daher nur reaktionären Zwecken». Aber dieses Urteil verknüpfte Engels mit dem Satz: «Je stärker das Kapital, desto stärker auch die Lohnarbeiterklasse, desto näher also das Ende der Kapitalistenherrschaft.» (Wiener Arbeiterzeitung vom 9. Mai 1890, MEW 22, 49–51.) Wir sind heute von einem solchen vorgegebenen Geschichtsablauf, auch wenn ihn Engels weniger automatisch verstanden hat, als nach diesem Zitat zu vermuten wäre, nicht mehr überzeugt. Wenn Sozialisten die Judenfrage (wie andere Fragen auch) als transitorisches Problem eines sowieso und ehe baldigst untergehenden Kapitalismus auf die leichte Schulter nahmen, so hat sich diese Einstellung ebenso an den Juden wie an der Arbeiterbewegung selbst bitter gerächt.

Heisst das, dass die Tage des Zusammenwirkens jüdischer und nichtjüdischer Sozialisten zu Ende sind? Ich glaube nicht. So wenig wie die Sozialdemokratische Partei die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft chauvinistischen und fremdenfeindlichen Gruppen überlässt, genau so wenig können jüdische Sozialisten die Bewusstseinsbildung der Juden an bürgerliche, nationalistische und klerikale Kräfte delegieren. Die Situation des jüdischen Volks ist heute zweifellos besser, als sie es vor 50 Jahren war, aber $\frac{3}{4}$ dieses Volks lebt als Minderheit verstreut auf der Welt und etwa $\frac{1}{4}$ in einem Lan-

de, welches seit seiner Gründung keinen Tag Frieden gekannt hat. Die Schaffung einer Weltordnung, in der auf der Basis der Völkerverständigung und der sozialen Gerechtigkeit der Friede zwischen den Völkern, die Würde des arbeitenden Menschen in Freiheit von Ausbeutung und politischem Zwang und die Rechte von Minderheiten gesichert sind, ist unabdingbar mit den Lebensinteressen des jüdischen Volkes verbunden.

Die Rückkehr nach Zion

Mit der Erwähnung jenes Landes, in dem ein Viertel der Judenheit lebt, nämlich Israels, kommen wir zur Frage des Verhältnisses der Linken zum Zionismus. Eine solche Stellungnahme erscheint auch notwendig angesichts der Kritik der israelischen Politik auf der Linken und der Kritik der PLO unter den Juden. Auch in diesem Punkte ist historisch vorzugehen, um zu den Aufgaben des Tages zu kommen. Der Zionismus ist eine Bewegung, die unter den europäischen Juden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entsteht. Ihr Ziel ist Rückkehr in jenes Land, welches die Juden unter dem Druck der römischen Okkupation teils halbfreiwillig, teils als Kriegsgefangene verlassen haben. Seither, d.h. seit 1900 Jahren, war das Land nie ganz ohne jüdische Besiedlung, aber seit dem Ausgang der Antike waren es vor allem Menschen, die in der Nähe heiliger Stätten ihr Leben zu fristen und zu beschliessen wünschten.

Wieso bildet sich nun eine Bewegung, die sich nicht darauf beschränken will, ein erbauliches Leben zu führen, sondern in der profanen Wirklichkeit, als Bauer, als Arbeiter, als Bürger «im Land der Väter» zu leben? Wieso wird die Rückkehr nach Zion, denn dies ist die Be-

deutung des Wortes Zionismus im allgemeinsten Sinne, aus einer individuellen religiösen Entscheidung zu einer politischen Stellungnahme?

Diese Fragen beantworten heisst, das Problem jüdischer Existenz im und seit dem 19. Jahrhundert zur Diskussion stellen. Bis zur französischen Revolution leben die Juden nach den Gesetzen der Länder, in denen sie Gastrecht geniessen, streng gesondert und mit zahlreichen Berufsverboten, z.B. dem der bauerlichen oder handwerklichen Tätigkeit, dazu auch von Sondersteuern belastet und mit eigenem Familienrecht im Innern. Eine Nation verstreut unter anderen Nationen, aber ohne Anteil an den staatsbürgerlichen Rechten, ausgeklammert aus dem ständischen Gefüge.

Die Revolution macht sie zu Bürgern; zunächst in Frankreich (1791), zögernd folgen andere west- und mitteleuropäische Staaten nach. In der Schweiz erhalten sie die Rechtsgleichheit durch die Bundesverfassung von 1874.

Vom Pogrom zum Rassenantisemitismus

Aber die Mehrzahl der Juden lebt zur damaligen Zeit im russischen Reich, welches keine Emanzipation kennt und bis zur Revolution von 1917 keine gewähren wird. Ja, die politisch missliche und für die sechs Millionen Juden in Russland, einschliesslich Polen, Litauen, etc., ökonomisch äusserst schwierige Lage verschlimmert sich noch durch Bauernunruhen, die seit 1881 das Land erschüttern und die im westlichen Teil des Reichs von Regierung und Polizei auf die Juden abgelenkt werden. Pogrom ist das russische Wort für Angriffe auf Leib und Leben, Hab und Gut. In Mittel- und Westeuropa hat die Emanzipation im 19. Jahr-

hundert zwar zu einer formal rechtlichen, aber keineswegs zu einer gesellschaftlichen Gleichstellung geführt. Jene Träume, etwa in Deutschland echte Staatsbürger zu werden, waren schon um 1860 verflogen. Die Ablehnung der Juden, die bis 1800 eine christliche Basis hatte, wandelt sich zur Feindschaft gegen eine Rasse, die als inferior betrachtet wird. Damit ist dem Juden die Hoffnung auf echte Gleichberechtigung genommen. Denn dem Rassenantisemitismus kann nicht durch irgendein Verhalten begegnet werden. Selbst die Taufe macht den Juden nicht zum Christen, nur zum getauften Juden.

Moses Hess: Rom und Jerusalem

Der erste, der an der Emanzipation der Juden verzweifelt und 1862 in seinem Buch «Rom und Jerusalem» vom Rückzug nach Zion spricht, ist Moses Hess, Kampfgefährte von Karl Marx in seiner frühesten Zeit an der Rheinischen Zeitung in Köln, in seinem Alter noch Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der ersten Internationale. Vorbild ist für Hess die italienische Befreiungsbewegung gegen die österreichische Hegemonie (1848–66) und die Gedanken von Giuseppe Mazzini. «Rom und Jerusalem» sind für Hess nicht Gegensätze, wie das kaiserliche Rom, welches Jerusalem zerstörte, oder päpstliche Rom, welches jahrhundertlang Quelle der Unterdrückung der Juden war, sondern Jerusalem an der Seite des befreiten Roms. Als gegen Ende des Jahrhunderts auch in Frankreich in der Dreyfus-Affäre der Antisemitismus aufflammt und in Russland die ökonomische Not immer drückender wird – 90% der russischen Juden stehen 1888 am Rande einer proletarischen Existenz –, formiert sich der Zionismus nun unter

diesem Namen zu einer Organisation.

Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund

Nicht er allein; im gleichen Jahr 1897, in dem in Basel der erste Zionistenkongress stattfindet, wird in Wilna in Litauen im Untergrund des Zarenreichs der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund gegründet, der als die sozialistische Organisation der jüdischen Arbeiter in Russland, Polen und Litauen für die Lösung ihrer Probleme am Ort, d.h. in Russland selbst, durch den ökonomischen Kampf gegen den Kapitalismus und den politischen gegen den Zarismus eintritt. *Die Geschichte des Bundes in Russland ist Teil der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung, die des Bundes in Polen reicht bis zu Okkupation durch das nationalsozialistische Deutschland und endet mit dem Untergang der jüdischen Arbeiterklasse und des jüdischen Volkes überhaupt in den Vernichtungslagern.*

Vereinzelte seiner Führer, die sich in die Sowjetunion durchschlugen, liess Stalin erschiessen. Aber noch 1938, in den letzten freien Gemeindewahlen in der polnischen Republik, gewann der Bund die Mehrheit der Sitze der jüdischen Bevölkerung, im Zusammengehen mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), d.h. der Bund war stärker als die verschiedenen zionistischen Strömungen.

Auch das ist hier zu sagen. Denn die Bedeutung, die der Zionismus heute für die Juden hat, ist nicht zu trennen von der traumatischen Erfahrung, dass selbst die Hingabe für ein sozialistisches Ideal sie nicht vor der Vernichtung gerettet hat. So präsentiert sich der Zionismus als Inbegriff der Erfahrungen, die die Juden seit 100 Jahren in Europa und mit Europa gemacht haben.

Arbeiter gehen nach Palästina

Rückkehr nach Zion ist eine sehr allgemeine Vorstellung. Das zionistische Programm, wie es 1897 in Basel formuliert wurde, sprach von der Schaffung einer «öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina». Die praktische Tätigkeit, d.h. die Besiedlung Palästinas, setzte in kleinem Massstab nach 1881 ein. Es kam zur Bildung einzelner Kolonien mittlerer Bauern, die mit Familienangehörigen und arabischen Arbeitern Land bebauten. Nach 1905, als im Zusammenhang mit der ersten russischen Revolution zahlreiche Pogrome stattgefunden hatten, wanderte ein neuer Typ ein, jüdische Arbeiter, die bei jüdischen Landbesitzern Arbeit suchten und mit den arabischen Arbeitern in Konkurrenz traten. Diese Arbeiter der Einwanderungswelle von 1905 wurden später Kern der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina. Wie verhält sich «der Zionismus» zur autochthonen Bevölkerung? Wir sind noch im Zeitalter der türkischen Herrschaft. Diese kann nicht umgangen werden. So versuchen zionistische Führer zwar mit der türkischen Macht zu verhandeln, aber kaum mit der lokalen Bevölkerung.

Juden als Spielball imperialistischer Interessen

Im Ersten Weltkrieg suchten beide imperialistischen Blöcke die Unterstützung der Juden zu gewinnen. Ludendorff, der deutsche Generalstabschef, erlässt eine Proklamation «An meine lieben Juden in Polen», der englische Aussenminister Lord Balfour schreibt Anfang November 1917 – also zur Zeit der Oktoberrevolution – einen offiziellen Brief: «Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen

Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen.» Der Zionismus verlässt damit die Audienzzimmer der Minister und Potentaten, doch er wird zum Spielball imperialistischer Interessen. So wie England in diesem Brief, der sogenannten Balfour-Deklaration, sein Wohlwollen den zionistischen Absichten zusagte, so in anderen Briefen den arabischen Aspirationen. Die britische Politik hat in fast allen Ländern, die sie beherrschte, zwei Bevölkerungsgruppen zurückgelassen, die einander mit der Waffe gegenüberstehen: Indien und Pakistan, Singhaesen und Tamilen auf Sri Lanka, Griechen und Türken auf Zypern, Protestanten und Katholiken in Nordirland.

Was aber dem Zionismus wahrhaften Auftrieb gab, war nicht das Interesse einer oder der anderen imperialistischen Fraktion, sondern die Judenverfolgung, welche im Gefolge des russischen Bürgerkriegs in der Ukraine, später in Polen an die 300 000 Opfer forderte. Erst mit der Festigung der Sowjetmacht (1921) hörte das Abschachten der Juden in Südrussland auf. Dazu kam in Mitteleuropa, in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen ein neu erwachter Nationalismus mit wachsender faschistischer Tendenz, der sich anschickte, die «Fremdstämmigen» aus dem Lande zu vertreiben. Die Einwanderung nach Palästina grösseren Stils ist die Frucht der ökonomisch und politisch wankenden Basis der Juden in Mitteleuropa und des Endes der freien Einwanderung nach den Vereinigten Staaten 1922. Denn die Emigration in dieses Land war bis dahin das wichtigste Ventil für die russischen und polnischen Juden gewesen. Auf einem Planeten ohne Visum wurde Palästina schliesslich das einzige Land, wo man, wenn auch in sehr beschränktem

Mass, einwandern konnte. Was heute den Tamilen, den Kurden und anderen Völkern begegnet, die einer Majorität oder einer Staatsmacht missliebig sind, war jüdisches Schicksal, erst recht seitdem Hitler 1933 die Macht ergriffen hatte und aus seinem Ziel, die Juden physisch zu vernichten, kein Hehl machte.

Die Boote waren überall voll

Unter der Herrschaft des britischen Völkerbundmandats erfolgte die Einwanderung auf der Basis des privaten oder genossenschaftlichen Landkaufs. Das Land – zumeist im Besitz arabischer Grossgrundbesitzer – wurde vor allem in der Küstenebene, in der Ebene Jesreel und in Teilen von Galiläa käuflich erworben. Soweit ein legaler Kauf, der aber für den arabischen Pächter negative Seiten hatte, indem gerade die genossenschaftliche Besiedlung, bekannt unter dem Namen Kibbuz, den arabischen Pächter bzw. den Landarbeiter überzählig machte. Allerdings bei einem wachsenden Arbeitsmarkt in den Städten. 1921 und 1929 war es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Aber als nach 1933 die jüdische Einwanderung sprunghaft anstieg, brach 1936 eine Serie von sogenannten Unruhen aus, die mit kurzer Unterbrechung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, als Krieg oder kriegsähnlicher Zustand bis heute andauern. Man kann die Immigration der Juden vor und im Zweiten Weltkrieg verurteilen, man kann sagen, sie hätten dort nichts zu suchen gehabt. Was sie suchten, war ein Ort zu leben und zu überleben in einer Welt, wo alle Bootsbesitzer erklärten, dass ihr Boot voll sei. Die Vereinigten Staaten haben zwar Hitler lautstark verurteilt, haben auch zahlreiche Wissenschaftler aufgenommen, die ihnen einen erheblichen technologischen

gischen Vorsprung verschafften, haben sich aber an den jüdischen Massen, dem Schicksal der Schneider, Schuster und Lastträger in Warschau und Wien, desinteressiert. Die Sowjetunion hat unter Stalin keine Emigranten, keine Flüchtlinge aufgenommen, es sei denn einzelne Spitzenfunktionäre der kommunistischen Parteien, und von diesen fielen die meisten den Säuberungsprozessen zum Opfer.

Der Gegensatz der Interessen der damaligen arabischen Majorität und jüdischen Minorität in Palästina erwies sich als unüberbrückbar. Die arabische Majorität, angeführt von den Notabeln Jerusalems und der mohammedanischen Geistlichkeit, unter welcher der Mufti von Jerusalem hervorstach, der dann den Zweiten Weltkrieg bei Hitler zubrachte, war an einer Partnerschaft mit der jüdischen Minorität nicht interessiert. Das Argument, die jüdische Einwanderung vergrößere den Lebensraum des Landes, wurde nicht anerkannt. Die Majorität der Juden verliess sich auf die Mandatsmacht, nur ein kleiner Sektor, der linke Flügel der Arbeiter- und Kibbuzbewegung und akademische Kreise um Martin Buber, versuchten, fast um jeden Preis mit arabischen Gleichgesinnten zu einer friedlichen Einigung auf der Basis eines Kompromisses zu gelangen, ohne dass ihnen Erfolg, ja auch nur ein deutliches Echo beschieden war. Eine zweite jüdische Minorität, auf der Rechten, versuchte Terror mit Terror zu beantworten. Der gegenwärtige Ministerpräsident Shamir gehörte zu diesen Kreisen.

Der Zionismus ist nicht monolithisch

Es ist hier der Ort darauf hinzuweisen, dass es ebenso wenig *den* Zionismus gibt wie *den* Sozialismus oder *den* Kommunismus.

Die Supermächte, die die Welt in zwei Teile teilen wollen, versuchen uns einzureden, dass das, was nicht weiss ist, schwarz ist. Wer Reagan kritisiert, ist bereits ein Stalinist, wer die russische Bürokratie kritisiert, ist automatisch ein Mann der CIA (2). Auch der Zionismus ist nicht monolithisch als einer und unteilbarer zu sehen. Es gibt Strömungen in ihm, wie die Linkssozialisten und die Bürgerrechtsbewegung, die zur Linken zu zählen sind; und es gibt klerikalnationalistische Kräfte bis zu offenen Faschisten, die es zu bekämpfen gilt.

Vor 50 Jahren, 1937 kommt die Mandatsmacht zum Schluss, es wäre ratsam, das unregierbar gewordene Land zu teilen. Die arabische Seite spricht sich dagegen aus; sie will keine Einwanderung und noch weniger einen jüdischen Teilstaat. Die Majorität der Juden ist dafür, eine Minorität hofft auf Verständigung mit den Arabern und ist für einen binationalen Staat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird die Teilung von der UNO akzeptiert. Am Tag, an dem das britische Mandat zu Ende geht, kommt es zum Krieg. Die arabische Seite, d.h. bewaffnete Einwohner des Landes und die Armeen der Anrainerstaaten und der Irak, glauben, leichtes Spiel mit den Juden zu haben. Doch sie stossen auf Widerstand, der sich verhärtet und zum Gegenangriff übergeht, zum guten Teil gestützt auf Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei, welche mit der Zustimmung der Sowjetunion gesandt wurden, die die englische imperiale Herrschaft liquidieren will. In dieser Stunde wird der Staat Israel gegründet, und er wird von der UNO mit den Stimmen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion anerkannt.

Die Umgestaltung Israels

Sehr bald beginnen in diesem Staat schwerwiegende strukturelle Änderungen, welche erst eine Generation später in ihren Auswirkungen voll sichtbar werden. Der Staat, der 1948 geschaffen wurde, hatte eine jüdische Bevölkerung, die vor allem aus Ost- und Mitteleuropa stammte und die sich in ihrer Mehrheit mit den Hoffnungen und Idealen einer sozialen Demokratie einig wusste. Für sie war der Zionismus emanzipatorisch in doppelter Weise gewesen: gegen nationale Diskrimination und Unterdrückung und gegen soziale Ausbeutung. Für das letztere zeugen das verzweigte System von Kollektivsiedlungen (Kibbuzim) und von vielfältigen genossenschaftlichen Einrichtungen. Nach der Staatsgründung kam es zu der neuen Einwanderungswelle der jüdischen Minoritäten, vertrieben aus den islamischen Gebieten von Irak bis Marokko. Die arabischen Juden hatten nicht dieselben politischen Traditionen, mehr noch, sie wurden von der in Israel damals herrschenden Arbeiterpartei, die kein Verständnis für die Andersartigkeit dieser Menschen besass, nach den Prinzipien des aufgeklärten Absolutismus regiert. Sie waren die Armen und die, mangels Schulbildung, auch mangels Kenntnis der modernen Industriegesellschaft, Benachteiligten. Sie hatten nicht unter Nazis und Faschisten, aber unter dem Druck ihrer arabischen Umgebung gelitten. Die Arbeiterpartei war für sie nicht ihre eigene, der Arbeiter, Partei, sondern eine fremde Institution. Nach einer Generation der Konfusion fielen viele von ihnen der nationalistischen Rechten zu. Deren Führer Begin, Sharon, Shamir kamen aus Osteuropa, aber ihre Anhänger zum grösseren Teil aus orientalischen Ländern.

Mit dieser Einwanderung der arabischen Juden ist auch ein Bevölkerungsaustausch eingetreten, indem die arabischen Flüchtlinge aus dem Krieg von 1948 durch Juden aus den arabischen Ländern ersetzt wurden. Die arabische Seite behauptet, die Flüchtlinge wären von den Zionisten vertrieben worden, die jüdische Seite sagt, sie seien freiwillig gegangen. Wer hat recht? Beide. Ein Teil der arabischen Flüchtlinge von 1948 wurden willentlich von den Rechtsgruppen mit Gewalt vertrieben, die damals noch eine eigene, konkurrenzierende Miliz besaßen (Irgun Z'wai Leumi). Der grösste Teil der Flüchtlinge verliess selber ihre Wohnstätten, um aus der Schusslinie zu sein, auch aufgefordert von den Invasionsarmeen der arabischen Staaten, aber in der Meinung, nach einer Woche zurückkehren zu können. Statt dessen setzte die Vertreibung der Juden in den arabischen Staaten und damit ein Bevölkerungsaustausch ein, der das Los der Flüchtlinge zu einem permanenten machte und dem Staat Israel eine andere Bevölkerungsstruktur gab. Die Aufnahme und Eingliederung der Juden aus den orientalischen Ländern erforderte beträchtliche finanzielle Mittel, anfangs gespendet von den Juden Amerikas, später von den Vereinigten Staaten im Bestreben, sich einen Stützpunkt einzuhandeln.

Wir haben aber noch eine weitere Umgestaltung Israels und damit des Zionismus zu erwähnen: Der Krieg von 1967. Dieser, der sogenannte Sechstagekrieg, war von den arabischen Staaten mit etwelchem Säbelgerassel und grossen Ankündigungen, die Juden ins Meer zu werfen, provoziert worden. Statt dessen sahen sich die arabischen Staaten nach einer Woche Krieg der israelischen Armee am Jordan, auf den Höhen

des Golan und am Suezkanal gegenüber. Die Sinai-Halbinsel ist inzwischen nach dem Krieg von 1973 an Ägypten zurückgegeben worden. Aber der 1948 arabisch gebliebene Teil Palästinas (Westjordanien und der Gaza-Streifen) untersteht heute der israelischen Militärverwaltung.

Der Krieg geht weiter

Dieser Zustand, der nun fast 20 Jahre andauert, droht zu einer völligen Vergiftung der Situation zu führen. Der Krieg ist weder 1967 noch 1973 – abgesehen von Ägypten – durch einen Friedensschluss beendet worden. D.h. der Krieg geht weiter. Terrorakte, Militäraktionen und Bombardierungen folgen einander und werden beidseitig immer bösartiger. Zudem besteht die Gefahr, dass Israel nochmals seinen Charakter ändert. Die Herrschaft von 3½ Millionen Juden über 2 Millionen Araber, von denen die innerhalb der Grenzen Israels gerade knapp formal-demokratische Rechte geniessen und die Araber in Westjordanien und Gaza keine, ist ein Zustand, welcher die Demokratie Israels aufs schwerste gefährdet. Der Zionismus, der sicherlich nicht als eine nationalistische araberfeindliche Bewegung begann, nimmt heute zum Teil solche Züge an. Die arabische Seite, welche in ihrer Majorität keinen Frieden sucht, weil sie die Existenz Israels nur als eine vorübergehende ansieht, prangert diese Züge an, aber unterstützt sie indirekt.

Ein Beispiel: Im November letzten Jahres kommen drei junge Männer aus Jenin in Westjordanien nach Jerusalem mit der Absicht, einen Juden, gleichviel wen, zu ermorden; sie sehen einen im arabischen Teil der Altstadt und erstechen ihn. Sie

werden bald gefasst und ins Gefängnis gesteckt. Aber in der Altstadt geht nun eine Hatz auf Araber los. Es wird zwar niemand getötet, jedoch Menschen, die an der Mordtat nicht beteiligt sind, werden verprügelt, ihr Eigentum zerstört, kurz, es ereignet sich, was man in Russland einen Pogrom nannte.

Das war nicht das Ziel derer, die den Boden Palästinas, den Boden Israels betreten hatten, um der Verfolgung durch die Zaren und später durch die Faschisten zu entgehen, und um ein genossenschaftliches Leben in Frieden und Freiheit zu führen.

Nur ein Kompromiss hilft

Eine Lösung des israelisch-palästinensischen Streits ist nur auf der Basis eines Kompromisses möglich, welcher die nationalen Rechte und die Staatsbildung beider Völker anerkennt. Wenn die palästinensischen Araber, wie sie es oft betont haben, in der PLO ihre Vertretung erblicken, muss eben diese Organisation der Verhandlungspartner Israels sein. Oder, wie die Sprecherin der israelischen Bürgerrechtsbewegung, Frau Shulamith Aloni, letzten Sommer in Zürich sagte: «Die PLO ist der Feind, aber Frieden schliesst man mit dem Feind.» Wenn die PLO von einem einheitlichen demokratischen und laizistischen Palästina spricht, so ist dies fern von jeder Realität. Wir sehen im Libanon, wie auch unabhängig von der sinnlosen und zu verurteilenden israelischen Intervention von 1982 die verschiedenen Volksgruppen und Religionsgenossenschaften einander mit Maschinengewehren, Bomben und Raketen traktieren. Was einem Volk blüht, welches im Nahen Osten über keine militärischen

Mittel verfügt, zeigt das Schicksal der Armenier. 1915 wurden in der Türkei eineinhalb Millionen Angehörige dieses Volkes bestialisch ermordet. Es kann also nur um zwei Staaten gehen, weder um ein Gross-Israel, noch um ein Gross-Palästina.

Der Beitrag der Linken

Ich bin mir wohl bewusst, dass es Menschen gibt, die sich zur Linken zählen und die ohne weiteres den Untergang der 3½ Millionen Juden hinnehmen würden, in der Erwägung, dass dann das Problem gelöst, Palästina ein rein arabisches Land wäre und der amerikanische Imperialismus einen Stützpunkt weniger besäße. Diese Vorstellungen sind illusorisch. Die von Syrien betriebene Spaltung der PLO zeigt, dass dieser Staat Palästina als Süd-Syrien zu vereinnahmen gewillt ist, ebenso wie Jordanien es als West-Jordanien ansieht. Das heisst, die Existenz Palästinas wäre nach Auslöschung Israels nicht weniger problematisch als heute. Denn dass islamische Staaten auch ohne Druck der Imperialisten und Supermächte, wenn auch mit ihrer Hilfe, sich erbarungslos bekämpfen, zeigt der Krieg zwischen Irak und Iran, in dem schon weit über 100 000 Menschen gefallen sind, ohne dass es um vitale Interessen einer der beiden Staaten ginge.

Der einem Verständigungsfrieden zugeneigte Teil der jüdischen Bevölkerung in Israel ist eine Minderheit von etwa 20%, der in der PLO einer solchen Verständigung zugeneigte Teil schweigt, denn wer sich in diesem Sinne vernehmen liess, wurde bisher ermordet, so Issam Sartawi am Kongress der sozialistischen Internationale in Portugal. Dennoch gilt es diese

Kräfte auf beiden Seiten zu ermutigen. Darin sehe ich den Beitrag der Linken zum nahöstlichen Problem.

Anmerkungen

(1) Das Verhältnis Arbeiterbewegung/Juden ist hier nur ganz rudimentär und summarisch dargestellt. Zweifellos gab es im 19. Jahrhundert auch einzelne jüdenfeindliche Personen und Strömungen in der Arbeiterbewegung. Edmund Silberner (Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1960) hat mit wissenschaftlicher Exaktheit solche antijüdischen Bemerkungen, Schriften und Handlungen registriert. Seine Feststellungen sind nicht zu vernachlässigen. Aber sie sind nach ihrem politischen Gewicht einzuschätzen. Nachdem Silberner zahlreiche antijüdische Äusserungen in der französischen

Arbeiterbewegung sorgfältig zusammengetragen hat, muss er doch selber sagen: «Selbst während des sozialistischen Flirts mit dem Antisemitismus gab es grosse Sozialisten, die sich dieser Bewegung entgegenstellten, da sie sie mit dem Sozialismus unvereinbar fanden. Zu den bedeutendsten unter ihnen gehörten Guesde, Lafargue und Jaurès» (a.a.O. S. 95f.). Diese drei aber waren gerade die führenden Köpfe der französischen sozialistischen Bewegung vor 1914. Wo aus den Reihen der Arbeiterbewegung ernsthafte Antisemiten hervorgingen, wie zur Zeit der Besetzung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg mit Déat (früherer Sozialist) und Doriot (früherer Kommunist), hatten diese mit ihrer politischen Vergangenheit gebrochen und waren offen zum Faschismus übergegangen.

(2) Vielleicht schafft «Glasnost» hier einen Wandel.

Der Friedensprozess im Nahen Osten und die Parteitaktik

Wovor hat die SP Angst?

Von Jochi Weil

Die Situation im Nahen Osten ist von einem Frieden bekanntlich noch weit entfernt. Nur ein langwieriger, ernsthafter Friedensprozess kann auf die Dauer von Gewalt und Gegengewalt weg, hin zu einer gerechten Lösung führen, welche den Bewohnern der Region ein Leben in Würde ermöglicht. Um einen solchen Prozess Wirklichkeit werden zu lassen, erscheint es mir notwendig, alle politischen und humanitären Kräfte zu mobilisieren, die einen konstruktiven Beitrag daran zu leisten gewillt sind. Von der Sozialdemokratischen Partei könnte ein solcher erbracht werden.

Im folgenden soll anhand von zwei konkreten Beispielen die Behauptung aufgestellt werden, dass innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz Kräfte vorhanden sind, die den Friedensprozess im Nahen Osten – z.B. aus parteitaktischen Gründen – nicht in dem Masse mitfördern, wie dies auf-

grund der politischen Ausrichtung der SP möglich wäre. Bei den beiden Beispielen handelt es sich um die Nichtunterzeichnung des offenen Briefes an den Bundesrat im Zusammenhang mit dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog vom 2. April 1987 durch die Sozialdemokratische Partei sowie um die nicht offizielle Einladung der Vereinigung Kritischer Juden der Schweiz (KJS) zu der verdienstvollen Tagung «Dialog Juden und Sozialismus» vom 29. März 1987, welche von der Sozialdemokratischen Partei Zürich 2 organisiert worden war.

Zum offenen Brief an den Bundesrat

Im März 1987 weilte ein Vertreter der israelischen Friedensbewegung, er ist Mitglied der sozialistischen Partei, Mapam, für kurze Zeit in der Schweiz. Ich kenne diesen Mann schon